

Fessenheim bleibt aktiv – trotz Basler Proteste

Stresstest Frankreichs Atomkraftwerke seien allesamt sicher, befindet die nationale Aufsichtsbehörde. Fessenheim bleibt trotz gravierender Bedenken aus der Schweiz aktiv.

VON STEFAN BRÄNDLE AUS PARIS

«Die untersuchten Installationen weisen ein genügendes Sicherheitsniveau auf, keine von ihnen erfordert einen sofortigen Stopp», erklärte die nukleare Sicherheitsbehörde Frankreichs (ASN) gestern Dienstag zum Abschluss monatelanger Stresstests. Selbst das dienstälteste AKW Frankreichs in Fessenheim, 35 Kilometer vor den Toren Basels, kann weiter Kernenergie produzieren.

Die ASN verlangt aber auch, dass die 58 Reaktoren Frankreichs ihre «Robustheit in Extremsituationen» stärken. Der Staatskonzern Electricité de France (EDF) hat als Betreiber des zweitgrössten AKW-Parks der Welt hinter den USA bis Ende Juni Vorschläge einzureichen. Er muss unter anderem Notaggregate einrichten, um die Wasserkühlung zu verbessern, und damit die Lehren aus dem Atomunfall in Fukushima ziehen. In Fessenheim muss er die 1,5 Meter dicke Betonunterlage verstärken – wahrscheinlich auf vier Meter wie in Fukushima.

Die Nordwestschweiz kann jetzt nur noch auf die Abwahl von Nicolas Sarkozy hoffen.

Mehr Beton, neues Organigramm

Die von EDF bereits angekündigte Schnelleingreiftruppe für Atomunfälle soll in weniger als 24 Stunden operativ sein. Auch das Organigramm der AKW-Überwachung wird überarbeitet. Damit reagieren die Atombehörden auf eine Operation der Umweltorganisation Greenpeace, die jüngst ohne viel Mühe in das umzäunte AKW Nogent-sur-Seine eingedrungen war.

ANS-Vorsteher André-Claude Lacoste beziffert diese Massnahmen auf «mehrere Milliarden Euro». An einer Pressekonferenz meinte er auf eine entsprechende Frage, es wäre «ein Wunder», wenn die Strompreise deshalb nicht stiegen.

80 Prozent aus Kernenergie

Frankreich bezieht 80 Prozent seiner Elektrizität aus der Kernenergie und exportiert sie unter anderem in die Schweiz und nach Deutschland. Lacoste meinte, es bleibe EDF überlassen, einzelne Atomanlagen zu schliessen, falls die verlangten Verbesserungen des Sicherheitssystems zu teuer seien.

Umweltschützer in Frankreich, Deutschland und Schweiz protestieren gegen den Entscheid der ASN. Jean-Marie Brom vom Netzwerk «Sortir du nucléaire» in Paris bezweifelte die Unabhängigkeit der Kontrollbehörde und verlangte Gutachten von Stellen, die nicht der französischen Regierung unterstellt sind.

Keine Überraschung in Basel

In beiden Basel, wo die Regierungen die Stilllegung von Fessenheim mit offiziellen Eingaben verlangt hatten, rief der Entscheid keine Überraschung hervor, nachdem sich Staatspräsident Nicolas Sarkozy in den letzten Monaten dezidiert für die Kernenergie ausgesprochen hatte.

Indem er den Atomkraftgegnern «mittelalterliche Ängste» unterstellt, hebt sich Sarkozy auch von seinem Präsidentschaftsriivalen François Hollande ab. Der Sozialist hält zwar grundsätzlich an der Nuklearenergie fest, will aber ihren Anteil an der Stromproduktion langfristig auf 50 Prozent senken. Würde er im Mai ins Elysée gewählt, käme die Schliessung von Fessenheim wieder aufs Tapet.